

INTEGRATIVE BERUFSAUSSBILDUNG BEI DER MA 42 - STADTGARTEN



Seit September 2003 gibt es durch die Initiative einer Elternvertretung aus der Steiermark die gesetzliche Möglichkeit der **Integrativen Berufsausbildung** für Jugendliche mit Behinderung.

Die **Integrative Berufsausbildung**

teilt sich in a) die ‚verlängerte Lehre‘ (der Lehrvertrag kann um ein oder zwei Jahre verlängert werden) oder in b) die ‚Teilqualifizierungslehre‘ (in einem Ausbildungsvertrag werden Teile eines Berufsbildes festgesetzt und erlernt).

Im August 2006 richtete die MA 42 einen solchen Teilqualifizierungslehrplatz ein. Christopher Seper absolvierte als erster Jugendlicher diese Form der Ausbildung und beendete diese erfolgreich im Oktober 2008 mit einer Prüfung vor der Wirtschaftskammer



**Integration Wien
gratuliert herzlich
zu diesem
großartigen Erfolg!**

Liebe LeserInnen,
liebe Mitglieder!

Ursprünglich wollten wir in dieser Ausgabe eine Zusammenfassung der Reaktionen von Mag.^a Lapp (SPÖ), Dr. Bartenstein (ÖVP) sowie Ing. Hofer (FPÖ) auf die über die Internetplattform

www.meinparlament.at gestellte Frage unserer Kollegin Wegscheider ‚Welche Maßnahmen werden Sie in Zukunft für eine erfolgreiche berufliche Integration von jungen Menschen mit Behinderung fordern?‘ bringen.

Nun sind diese Antworten schon wieder überholt... (Dr. Bartenstein hat kein Ministeramt mehr inne, Ing. Hofer sitzt wieder in der Opposition).

Aktuell ist hingegen das neue Regierungsprogramm 2008-2013. Wir bringen Ihnen hier die wichtigsten Auszüge – unkommentiert – zum Thema Behinderung.

Jahresrückblick Elternnetzwerk Wien

Sehr geehrte Eltern und Angehörige, liebe Rundbrief – LeserInnen, das Jahr 2008 neigt sich dem Ende zu, der richtige Zeitpunkt also, den Blick sowohl auf die bisher geleistete Arbeit als auch auf das neue Projektjahr 2009 zu lenken. Wir möchten Ihnen auf diesem Weg einen kurzen Überblick über unsere heurigen Aktivitäten geben.

Die beiden zentralen Säulen unseres Angebots, die individuelle Beratung und Begleitung sowie die Durchführung von Elternrunden und Informationsveranstaltungen wurden auch im Jahr 2008 erfolgreich umgesetzt.

Im Rahmen der Beratung und Begleitung von Eltern sowie Jugendlichen mit Behinderung am Übergang Schule – Beruf haben wir

- persönliche, telefonische sowie auch einzelne Mail-Beratungen durchgeführt,
- Eltern bzw. Jugendliche vor Ort z.B. in Schulen, zu Projektanbietern etc. begleitet,
- Eltern und Jugendliche längerfristig begleitet,
- Kontakte zu Schulen und regionalen ProjektanbieterInnen hergestellt,
- im Zusammenhang mit konkreten Beratungsfragen laufend recherchiert und unser Infomaterial aktualisiert,
- an zahlreichen relevanten Terminen und Veranstaltungen teilgenommen.

Im Bezug auf die Themen in den Beratungen konnten wir feststellen, dass viele Fragen wiederholt gestellt werden und der Bedarf nach Information und Beratung nach wie vor groß ist. Auch das Spektrum der Themen ist äußerst breit gestreut und zeigt, wie viele Fragen sich für Eltern/Angehörige und Jugendliche in der sensiblen Phase des Übergangs von der Schule in den Beruf stellen.

Hier einige Beispiele:

Möglichkeiten für junge Menschen mit Behinderung nach Beendigung der Pflichtschulzeit (Schulen, Kurse, Orientierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, IBA)

- mögliche Wege in Richtung berufliche Integration
- Klärung von Begriffen wie z.B. Clearing, Integrationsbegleitung, Berufsausbildungsassistenz, Arbeitsassistenz, Jobcoaching...
- Unterstützende Leistungen/Lernunterstützung (inhaltlich und finanziell)
- Schulische Fragen (wer kann in höhere Schulen übertreten, Schulversuch(e) im berufs-

bildenden Bereich für SchülerInnen mit spF, Weiterführung der Integration in der Sekundarstufe II etc.)

- Vermittlung bei Konflikten bzw. Unterstützung bei der Klärung von Missverständnissen
- Problematik der Jugendlichen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf bei der Aufnahme in Projekte und Maßnahmen zur beruflichen Integration
- Loslassen, Erwachsen werden
- Tagesstruktur und Freizeitgestaltung
- Finanzielle Fragen (Absicherung – Dauersozialhilfe, Arbeitsversuch, Pflegegeld etc.)

Problemfelder, die sich im Rahmen der Beratungstätigkeit zeigten, wurden gesammelt und an die verantwortlichen Stellen herangetragen bzw. mit verantwortlichen Personen mit dem Ziel diskutiert, die Anliegen der Eltern/Angehörigen und Jugendlichen sichtbar zu machen, zu sensibilisieren sowie konkrete Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Elternrunden

Im Jahr 2008 fanden 8 Elternrunden statt, welche wie bereits im Vorjahr - jeweils unter einem thematischen Schwerpunkt standen. Hier ein kurzer Überblick über die behandelten Themen:

1. **„Eltern berichten...“** über ihren Weg und ihre Erfahrungen am Übergang Schule – Beruf (ReferentInnen: Roswitha Weingartner, Eva und Craig Thorpe - Eltern)
2. **„Die passenden Worte finden...“** – Kommunikationstipps in emotional belasteten Situationen (Maria Brandl – Elternbildnerin, Mutter)
3. **„Dauersozialhilfe und Arbeitsversuch“** – Diese Elternrunde wurde aufgrund des großen Interesses wiederholt. Bei diesen Runden wurden Begriffe geklärt sowie Fragen, Anliegen und Erfahrungen der Eltern gesammelt. (Referentinnen: Susanne Gabrle – Koordinationsstelle BSB AMS FSW, Waltraud Engl – Elternnetzwerk Wien)
4. **„2 Jahre integrative Berufsausbildung – persönliche Erfahrungen und Information“** Unsere Vorstandsvorsitzende, Renate Seper, berichtete über ihre Erfahrungen bei der Schaffung eines Teilqualifizierungsplatzes für ihren Sohn.
5. **„Des geht net, gibt's net“** – ein Zitat von Frau Gerda Ressler (Verein Behindertenombudsmann, Mutter), die über ihre Aktivitäten in der Vertretung von Menschen mit Behinderung

gen und ihren Angehörigen berichtete und diese anhand des konkreten Beispiels der Schaffung einer Versicherungsmöglichkeit für Menschen mit Behinderungen darstellte.

6. ‚Stichwort: Freundschaft‘ – Das Problem von fehlenden Sozialkontakten von jungen Menschen mit Behinderungen sowie die Frage, wie Eltern beim Aufbau von Kontakten unterstützen können, wurden diskutiert. (Referentin: Maria Brandl)

7. ‚Was sich bisher klären ließ...‘ Bei dieser Elternrunde wurde versucht, die im ersten Halbjahr gesammelten Fragen zum Thema Dauersozialhilfe und Arbeitsversuch zu beantworten sowie aktuelle Anliegen erneut zu sammeln, um diese möglichst effizient klären zu können. (Referentinnen: Susanne Gabrle, Waltraud Engl)

Aufgrund der steigenden TeilnehmerInnenzahlen, haben wir unsere **Informationsveranstaltungen** in den Seminarraum der Sargfabrik, 1140 Wien verlegt.

Folgende Themen wurden bzw. werden bearbeitet.

1. ‚Bundesbehindertengleichstellungsgesetz – Auswirkungen für Jugendliche mit Behinderung sowie deren Eltern/Angehörige am Übergang Schule – Beruf‘ (Referent: Martin Ladstätter, Bizeps, Klagsverband)

2. ‚Leistungen des Bundessozialamtes, des Fonds Soziales Wien und des AMS für Jugendliche mit Behinderung‘ (ReferentInnen: Mag.^a Ulrike Sigl, DSA Erika Kober (Bundessozialamt), Mag.^a Elke Heidl (Fonds Soziales Wien), Peter Dominkovits, Michaela – Klara Schwarz (AMS für Jugendliche))

3. ‚Am Marktplatz Übergang Schule – Beruf‘ – VertreterInnen einer Auswahl von Projekten präsentierten ihr Angebot

4. ‚Persönliche Zukunftsplanung – ein wertvolles Instrument auf dem Weg in Richtung berufliche Integration‘ - Ines Boban (Universität Halle-Wittenberg) stellte die Methodik der persönlichen Zukunftsplanung vor und berichtete über zahlreiche praktische Beispiele

5. ‚Angebote des Fonds Soziales Wien zum Thema Arbeit und Beschäftigung‘ Herr DSA Robert Bacher beantwortete Fragen wie z.B., *Welche Form der Beschäftigung gibt es für unsere jugendlichen Kinder mit Behinderung? ‚Was bietet der FSW, wenn es um Arbeit und Beschäftigung geht?‘ ‚Was bietet die Beschäftigungstherapie?‘ ‚Kann mein Sohn/meine Tochter die Beschäftigungstherapie wie-*

der beenden und in den Arbeitsmarkt eintreten?‘ ‚Was bietet der FSW in Richtung berufliche Integration?‘ ‚Wie komme ich zu den Angeboten des FSW?‘

Die Auswahl der Themen erfolgte in diesem Jahr erneut in starker Anlehnung an die Themen, die Eltern in der Beratung an uns herangetragen haben. Das Interesse an den Veranstaltungen bestätigt uns in diesem Weg. An dieser Stelle möchten wir Sie erneut ermuntern, uns Ihre Anliegen und Themen mitzuteilen, um diese, wenn möglich, für das neue Programm berücksichtigen zu können.

Viel Zeit und Aufmerksamkeit wurde auch in diesem Jahr der Vernetzung und der Vertretung der Anliegen von Eltern/Angehörigen gewidmet, da immer wieder festzustellen ist, dass Eltern/Angehörige im Prozess der beruflichen Orientierung und Integration ihrer Söhne und Töchter mit Behinderung häufig nicht als zentrale PartnerInnen wahrgenommen werden, was wiederholt zu Schwierigkeiten und Missverständnissen geführt hat. Die Einladung zu bzw. die Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen, bei denen häufig das Fachwissen des Elternnetzwerk Wien gefragt war, stellte ebenso einen fixen Bestandteil unserer Arbeit dar.

Für das neue Jahr planen wir in Ergänzung zu den bestehenden Aktivitäten den Aufbau eines elektronischen Elternforums. Dieses Elternforum kann von allen interessierten Eltern als Diskussions- und Austauschmöglichkeit genutzt werden. Wir werden Sie selbstverständlich über den Start des Forums sowie die Registrierungsmöglichkeit informieren.

Die im heurigen Jahr geleistete Arbeit wurde mit viel Engagement und persönlichem Einsatz geleistet. Dafür möchte ich mich bei meinen Kolleginnen sowie auch bei unseren ReferentInnen recht herzlich bedanken. Wir hoffen, unsere Arbeit auch im nächsten Jahr fortführen zu können und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

Sollten Sie Fragen, Anregungen etc. haben, so freuen wir uns über Ihre Rückmeldung per Telefon 01-789 26 42 DW 13 oder 19 oder per Mail elternnetzwerk@integrationwien.at.

Mag.^a Waltraud Engl
(Projektleitung Elternnetzwerk Wien)

Auszüge aus dem Regierungsprogramm für die XXIV Gesetzgebungsperiode Regierungsprogramm 2008-2013 Gemeinsam für Österreich

Menschen mit Behinderungen

Zugang zum Arbeitsmarkt

- Weiterentwicklung und Aufstockung der Beschäftigungsoffensive und zusätzliche Aktionen um behinderten Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu öffnen, bedarfsgerechte Qualifizierung und Optimierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (z.B. persönliche Assistenz am Arbeitsplatz und Jobcoaching für lernbehinderte Menschen), weiterer Ausbau der Integrationsfachdienste für besondere Zielgruppen, wie psychisch kranke, sinnesbehinderte und lernbehinderte Menschen.
- Besondere Förderung von arbeitsmarktfernen Frauen mit Behinderung durch Aktionsprogramme im Rahmen der Beschäftigungsoffensive zur Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt.
- Erhaltung und Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit von ArbeitnehmerInnen (vor allem älterer ArbeitnehmerInnen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen). Rechtzeitige und koordinierte Interventionsmaßnahmen (präventive Bündelung aller möglichen Dienstleistungen bei Clearingstellen); Evaluierung und Optimierung der Rahmenbedingungen der beruflichen Rehabilitation.
- Fortsetzung der Integrativen Berufsausbildung und der teilqualifizierten Lehre, die Schaffung der gesetzlichen Klarstellung der Integrativen Berufsausbildung auf die praktischen Gegebenheiten (z.B. Reduzierter Wochenstundenaufwand).
- Chancengleicher und nachhaltiger Zugang zu sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen sowie Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten einer eigenständigen sozialversicherungsrechtlichen Absicherung von Menschen in der Beschäftigungstherapie.
- Fortführung und Ausbau des Bundessozialamts als Kompetenzzentrum für Menschen mit Behinderung in den Bereichen Arbeit, Gleichstellung und Informationsdrehzscheibe im Pflegebereich.
- Realisierung des Pilotprojektes Disability Flexicity.

- Schaffung und Ausbau von Anreizsystemen und Unterstützungsstrukturen insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe, die Menschen mit Behinderung ohne Verpflichtung einstellen bzw. die Quote übererfüllen und Überprüfung des Kündigungsschutzes bei Neueinstellungen bei Klein- und Mittelbetrieben. Dazu soll eine Arbeitsgruppe im Sozialministerium unter Einbeziehung der Sozialpartner eingerichtet werden.
- Prüfung der Möglichkeiten einer Verbesserung der Wirksamkeit der Ausgleichstaxe für Unternehmen die sich der Einstellungspflicht entziehen, in einer Arbeitsgruppe des Sozialministeriums unter Einbeziehung der Sozialpartner.
- Optimierung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen zur Unterstützung der Wirtschaft durch die Gründung von UnternehmerInnenservice bei der beruflichen Integration in die Arbeitswelt, vor allem auch durch regelmäßige Dienstleistungsangebote zur Reduzierung des betrieblichen und behördlichen Ressourcenaufwandes.
- Förderung für behinderte UnternehmerInnen. Die bestehenden Maßnahmen sollten gebündelt, ergänzt und so gestaltet werden, dass der behinderungsbedingte Mehraufwand abgegolten wird.
- Stärkung der Stellung der Behindertenvertrauenspersonen.
- Adaptierung der Richtsätze für die Einstufung der Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Verbesserungen zur Gleichstellung

- Monitoring, Evaluierung und Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechtes und der daraus resultierenden Bündelgesetze, sowie anderer Materiengesetze, insbesondere durch:
 - Evaluierung der Effektivität der Umsetzung (Unterlassung/Beseitigung von Barrieren; Schlichtungsverfahren, Gerichtsverfahren; Gestaltung & Umsetzung der Etappenpläne, Verbandsklage durch die ÖAR).
 - Infodrehzscheibe Bundessozialamt als Kompetenzzentrum für Barrierefreiheit.
 - Etablierung harmonisierter – barrierefreier Bauordnungen, sowie Einführung von Kriterien des anpassbaren Wohnbaus bei der Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln.
 - Beratungsstellen zur Herstellung baulicher Barrierefreiheit.
 - Evaluierung und Weiterentwicklung der Behindertenanwaltschaft.

- Förderung jener Ausbildungs- und Umsetzungsmaßnahmen, die aufgrund der Anerkennung der Gebärdensprache notwendig sind – vor allem im schulischen Bereich wie zum Beispiel mehr bilingualer Unterricht für gehörlose Kinder und verbesserte Ausbildung und Weiterbildungsmöglichkeiten für SonderschullehrerInnen in der Österreichischen Gebärdensprache.
- Förderung von Dienstleistungsangeboten durch Selbsthilfe- und Vertretungsorganisationen, um den Zugang zu den Inhalten des Gleichstellungsrechtes und damit einer selbst bestimmten und eigenverantwortlichen Lebensführung zu ermöglichen. Stärkung der Selbstvertretung von Menschen mit Lernbehinderung zur besseren Partizipation durch Pilotprojekte, easy to read Versionen von Gesetzen.
- Bundeseinheitliche Leistungen z.B.: § 29 b StVO Ausweis ermöglicht behinderten Menschen einen eigenen Parkplatz und das kostenlose Parken in Kurzparkzonen und das Parken auf einem Behindertenparkplatz. Die Länder haben unterschiedliche Spruchpraxis, eine einheitliche Begutachtung zur Zuerkennung des Ausweises durch das Bundessozialamt im Einvernehmen mit dem jeweiligen Land ist notwendig.
- Ausbauplan für den ORF für eine bessere Nutzung des öffentlich rechtlichen Angebots wie mehr Untertitel, mehr Dolmetschung in Gebärdensprache und mehr Audiodeskription bei den ORF-Sendungen.
- Bei der Austrian Development Agency ist ein/eine Behindertenbeauftragter/e zu nominieren, um die im EZA-Gesetz verankerten Leitlinien sowie die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen.

Schulische Integration

- Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf bestmöglich in das Schulsystem integrieren.
- Weiterführung der Integration nach der 8. Schulstufe.
- Integration als wichtiger Teil der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung sowie der Weiterbildung: Evaluierung der Lehrpläne an den Pädagogischen Hochschulen.
- Ausbau der bestehenden Beratungs- und Diagnostikdienste zur bestmöglichen Vorbereitung der betroffenen Familie aber auch des Schulsystems auf die Anforderungen der schulischen Integration. Die Kosten für diese Maßnahmen sind nach Möglichkeit durch das jeweils zu-

ständige Ressort bzw. Gebietskörperschaft zu tragen. Eine Anschubfinanzierung durch das Sozialministerium über das Bundessozialamt sollte aber unabhängig von der operativen Zuständigkeit dann erfolgen, wenn die umzusetzenden Maßnahmen besondere Bedeutung zur Beförderung des Gleichstellungsrechtes haben.

Individualisierung und Begabungsförderung*)

Für Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf (spF) werden die gesetzlichen Grundlagen für die Integration nach der 8. Schulstufe erarbeitet. Die Kriterien für den spF werden überarbeitet um gezielte Maßnahmen gemäß den individuellen Bedürfnissen sicherzustellen und Maßnahmen des spFs von jenen zur Sprachförderung zu entkoppeln.

Humanmedizin

... Dabei ist außer Streit zu stellen, dass selbstverständlich die Geburt und Existenz eines Kindes mit Behinderung kein Schaden ist, wie groß die Betroffenheit und Trauer der Eltern über die Tatsache der Behinderung ihres Kindes auch sein mag. Das Kind mit all seinen Eigenschaften, selbstverständlich auch mit einer oder mehreren Behinderungen, ist der Gesellschaft und der Rechtsordnung in höchstem Maße willkommen und verdient gerade im Falle von Behinderung die größtmögliche Zuwendung und Förderung.

Familien entlasten

Neuordnung der Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) unter Berücksichtigung der Evaluierungsergebnisse und unter Einbeziehung der Sozialpartner, Länder und Gemeinden

- Verwaltungsvereinfachung bei der Auszahlung der Familienbeihilfe
- Erhöhung der Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder*)
- Verbesserungen bei der Anrechenbarkeit von Kindererziehungszeiten für die Pension (siehe Kapitel Soziales)*)
- Unterstützung für Alleinerziehende:
 - Ausbau der Beratungsangebote
 - besondere Berücksichtigung bei der Kinderbetreuung
- Verbesserung und Ausbau der Elternbildung
- Verbesserung und Ausbau der Familienberatung (unter besonderer Berücksichtigung von Eltern von behinderten Kindern und behinderten Elternteilen)

- Unterstützung und Beratung von Pflege- und Adoptiveltern
- Prüfung der Anpassung des Schulbuchlimits auf Grund pädagogischer Notwendigkeiten: (Zuständigkeit: Bildung)* für den Bereich Volksschule und Berufsschule ab dem Schuljahr 2009/2010
- für den Bereich Pflichtschulbereich und AHS Oberstufe ab dem Schuljahr 2010/2011
- für den Bereich berufsbildende höhere Schulen ab dem Schuljahr 2011/2012 (noch zu klären mit der Budgetgruppe) ...

Verstärkte Förderung des Behindertensports

- Sicherstellung der Finanzierung des Fonds zur Förderung des Behindertensports durch einmaliges Sonderwettbewerb.

Pflegezeiten*

Bei der Reduktion von Erwerbsarbeit zum Zweck der Betreuung und/oder Pflege eines nahen Angehörigen sollen in Hinkunft keine pensionsrechtlichen Nachteile erwachsen.

Für Eltern von behinderten Kindern gibt es die Möglichkeit der Selbstversicherung in der Pensionsversicherung. Diese Zeiten sollen bis zu zehn Jahren rückwirkend anerkannt werden können, sofern die Voraussetzung gegeben waren.

Verbesserungen bei der Unterstützung

- Evaluierung und Ausbau der psychosozialen Beratungsangebote vor einer pränatalen Diagnose, bei Bekanntgabe des Ergebnisses und nach der Geburt unter Einbeziehung betroffener Eltern, Aufklärung über Unterstützungsangebote.

- Ausbau Familien entlastender Dienste bei den Familienberatungsstellen für Eltern behinderter Kinder sowie für Eltern mit Behinderung insbesondere durch den Einsatz einer Familienhelferin.
- Ausbau der persönlichen Assistenz in Beschäftigung und Ausbildung (wie Schule, Universität, Fachhochschulen) sowie die Prüfung der Möglichkeit einer bundesweiten persönlichen Assistenz in allen Lebensbereichen sowie Evaluierung des Ist-Zustandes und Überprüfung von Weiterentwicklungsmöglichkeiten.



Die Filme "Mama lustig...?" (1983), "Muß denken" (1992) und "Mein Boss bin ich" (2000) von Niki List (Regie) und Christa Polster (Drehbuch) mit dem Protagonisten Christian Polster sind ab sofort als DVD in der Edition "Der österreichische Film" zum Preis von € 9.90 im Handel erhältlich. Die Trilogie zeigt das Leben eines Menschen mit Down Syndrom.

Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik Zürich

Am 10. Oktober 2008 empfingen wir eine Studiengruppe der „Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich“. Die Gruppe verbrachte eine Woche in Wien und hospitierte an verschiedenen Stellen, um Informationen über die schulische Integration in Wien zu sammeln.



Bei ihrem Abstecher zu Integration Wien lernte die Schweizer Delegation die Sichtweise der Eltern zum Thema kennen.

Integrative Berufsausbildung

Bundesland	insgesamt	§ 8 b Abs. 1 BAG (Verlängerung der Lehrzeit)			§ 8 b Abs. 2 BAG (Teilqualifizierung)		
		§ 8b (1) gesamt	in Unter- nehmen	in Einrich- tungen	§ 8b (2) gesamt	in Unter- nehmen	in Einrich- tungen
Burgenland	90	45	45	0	45	28	17
Kärnten	281	210	210	0	71	71	0
Niederösterreich	340	299	299	0	41	39	2
Oberösterreich	873	555	499	56	318	130	188
Salzburg	223	100	100	0	123	123	0
Steiermark	977	633	506	127	344	106	238
Tirol	301	251	212	39	50	48	2
Vorarlberg	204	66	62	4	138	132	6
Wien	462	408	121	287	54	10	44
ÖSTERREICH	3.751	2.567	2.054	513	1.184	687	497

Quelle: Wirtschaftskammern Österreichs

Gegenüber September 2007 bedeutet dies einen Anstieg um 20,5 Prozent
73,1 Prozent werden in Unternehmen ausgebildet

Anhand der Statistik der Wirtschaftskammer Österreich mit Stichtag 30.9.2008, erkennt man die schwache Entwicklung der Teilqualifikation in Wr. Unternehmen. Die Integrative Berufsausbildung ist seit September 2003 Gesetz und die einzige Möglichkeit für Jugendliche mit Behinderung einen Beruf zu erlernen. Wenn man sich nicht bald entschließt, solche Lehrplätze vermehrt (z.B. auch in Lehrwerkstätten) zu schaffen, wird für Jugendliche mit Behinderung auch weiterhin nur die Beschäftigungstherapie als Alternative bleiben.

CHRISTKINDLMARKT

Zuckerwoll im Plasdtiksackel,
Bratwürschtl und Gurkenhackel,
Pommes frites, g'strickte Jacken,
für die Tüa a neue Dacken,
Popcorn, Langos, Debreziner,
zum Serviern a Stummer Diener,
Zuckeräpfel, Zuckertrauben,
Haub'n aus Pelz und gestickte Haub'n,
Nylonschal und Hosentrager,
Schallplatten mit neuche Schlager,
Fleischlaberl und haaße Würschteln,
für die Zähnt die Borstenbürschteln,
a Faschiermaschin für'n Haushalt,
was die stärksten Fliegen aushalt,

Luftballon und Gigerlfutter,

an Behälter für die Butter
Semmeln, g'füllt mit Matjeshering,
aus Doublee ganz prima Eh'ring,
und aus Gablonz Glitzerbroscherln,
für das Fleisch die Wunderpfanne,
graue lange Unterhosen,
täuschend echte Plastikrosen;

Coca Cola hört ma zischen.
Und der Weihnachtsmann dazwischen
Hofft, dass' heute endlich Nacht wird.
Und die vielen klanan Geschrapperln
Dürfen so daneben trapperln,
und sie fragen no immer froh:
„Papa. Wo is' Christkind? Wo?“

Trude Marzik

**Der Vorstand und die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle
wünschen
Frohe Weihnachten und ein
Gutes Neues Jahr**

LEIDER KEINE WEIHNACHTSGESCHICHTE

Serena musste weg!

Ein kleines Mädchen lebt jetzt in Simmering – und kann ihre Freunde nur mehr selten sehen!

Tragisch gestaltete sich die Geschichte von Serena von Anfang an. Die heute 14-jährige Behinderte verlor im Vorjahr ihre Mutter und wohnte seither bei ihrem Stiefvater. Als dieser ins Spital kam, schaltete sich das Jugendamt ein – und alles wurde noch komplizierter. Seit ihrer Geburt lebte Serena gemeinsam mit Nichtbehinderten und besuchte auch die Integrationsschule Steinbaurgasse. Das Jugendamt plante, Serena in einem Simmeringer Heim anzusiedeln und sie in eine

Schule für Schwerstbehinderte Kinder zu schicken.

Hilfe für das Mädchen. Sofort regte sich Widerstand bei den Schulfreunden und deren Eltern, die das Kind in seiner gewohnten Umgebung besser aufgehoben wähen. Es wurden die Bezirksvorstehung und der Stadtschulrat informiert, die sich für Serena einzusetzen versprochen. Nur beim Jugendamt stießen sie auf Granit. Jetzt ist wenigstens ein kleiner Erfolg zu verzeichnen: Serena lebt zwar seit 11. November in Simmering, darf aber weiter die Schule Steinbaurgasse besuchen. Da der Schulweg jedoch so lange dauert und offensichtlich zu wenig Personal vorhanden

ist, verständigte man die Schule, dass sie einen Fahrtendienst beantragen müsse – bis dahin könne Serena eben nicht in die Schule kommen. Das Jugendamt vermag also, wie es scheint, ein Kind ganz einfach mal eine Woche von der Schule fernhalten – das sollte kein ‚Privater‘ versuchen!

Hoffnung
Freundinnen, Freunde und Bekannte hoffen jedenfalls, dass Serena bald wieder nach Meidling zurückkommt – denn auch hier sollte es doch möglich sein, eine passende Wohnmöglichkeit für das arme Mädchen finden!
kp

(Mit freundlicher Genehmigung des Wr. Bezirksblattes)



Impressum: Herausgeber: „Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen – Integration Wien“, 1150 Wien, Tannhäuserplatz 2/1. Redaktion: Sabine Hofmann, Helga Reindl. Druck/Vervielfältigung: Wien Work, Verlagspostamt: 1150, P.b.b.

